



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA

ABC der Entwicklungs- politik



Inhalt

| | |
|---|----|
| Einleitung | 3 |
| Die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz | 8 |
| Glossar | 10 |

Einleitung

In den vergangenen 25 Jahren haben sich die Realeinkommen in Entwicklungsländern beinahe verdoppelt. Die Kindersterblichkeit wurde halbiert. Die Anzahl der Menschen mit Grundschulbildung ist drastisch gestiegen. Zwei Drittel aller Staaten sind heute Wahldemokratien. Diese Erfolgsgeschichten, zu denen die Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag geleistet hat, kontrastieren mit Medienberichten von Hungerkrisen, Epidemien und Konflikten. Diese erinnern uns daran, dass es keine einfachen Rezepte gibt für weltweiten Wohlstand und Frieden. Entwicklungsprobleme sind stets komplex und lassen sich nie auf eine einzelne Ursache zurückführen und mit isolierten Massnahmen lösen. Das vorliegende Glossar illustriert die Vielfalt entwicklungspolitischer Fragestellungen und gibt Einblick in die wichtigsten Fachbegriffe und Themenfelder der Entwicklungszusammenarbeit.

Entwicklung – ein Begriff im Wandel

Was ist Entwicklung? Am Anfang der Entwicklungszusammenarbeit steht die Auseinandersetzung mit diesem Kernbegriff, der im Lauf der Jahrzehnte unterschiedlich gedeutet wurde. Unsere Vorstellung von Entwicklung hat sich ihrerseits entwickelt und mit ihr die konkrete Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Entkolonialisierung Afrikas und die ehrgeizigen Hilfsprogramme der Vereinten Nationen haben Entwicklungsfragen in den 50er- und 60er-Jahren erstmals breit thematisiert. Entwicklung wurde gleichgesetzt mit dem Wandel eines armen, landwirtschaftlich-traditionell geprägten Landes hin zu einem prosperierenden Industriestaat. Weg und Ziel der Entwicklung wurden als gegeben erachtet und bestanden in der Übertragung westlicher wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Lebensformen auf aussereuropäische Gesellschaften. Ungewiss schien

aufgrund ungleicher Ressourcenausstattung einzig das Entwicklungstempo eines Landes.

Das entwicklungspolitische Denken und Handeln war damals stark vom Marshall-Plan geprägt. Es herrschte die Meinung, dass dekolonialisierte Länder eine Anschubfinanzierung brauchten, um ihren Aufholprozess zu lancieren – wie Deutschland nach dem Krieg. Allgemein ging man davon aus, dass Entwicklungsländer mit genügend Kapital und einer forcierten Industrialisierung in wenigen Jahrzehnten den Wohlstand Westeuropas erreichen könnten.

In der Praxis blieben die erwarteten Fortschritte jedoch aus, und das einseitig auf Kapitaleinschüsse fixierte Modell der nachholenden Entwicklung geriet in die Kritik. Das Kapital alleine konnte es nicht richten. Im politischen Aufbruch der späten 60er- und 70er-Jahre rückte die Ressource Mensch ins Zentrum. Die internationale Entwicklungshilfe investierte nun vermehrt in die Humanressourcen und in die gesellschaftliche Infrastruktur: Der Bau von Strassen und Wasserleitungen wurde forciert, Gesundheits- und Bildungssysteme wurden auf- und ausgebaut.

Von der nachholenden zur nachhaltigen Entwicklung

Die bislang auf den Süden fokussierte Problemsicht wich einer globalen Betrachtungsweise. Unfaire Handelsbedingungen und internationale Abhängigkeitsverhältnisse galten nun als strukturelle Ursachen von fehlender oder schwacher Entwicklung und wurden zum politischen Streitpunkt. Zivilgesellschaftliche Gruppen forderten eine Neugestaltung der internationalen Handelsbeziehungen und eine echte Mitsprache von Entwicklungsländern in internationalen Gremien. Der Export westlich geprägter Entwicklungsmodelle in Länder des Südens mit ganz anderen sozio-kulturellen Voraussetzungen als jene Europas und Nordamerikas wurde kritisch hinterfragt. Zur Diskussion stand eine neue Entwicklungspolitik, die den spezifischen Bedürfnissen und unterschiedlichen Ausgangslagen der Länder des Südens Rechnung trug.

In den 80er- und 90er-Jahren wurde das Modell der nachholenden Entwicklung vom Konzept der nachhaltigen Entwicklung verdrängt: Entwicklung soll die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigen, ohne die Entwicklungschancen künftiger Generationen zu gefährden, forderte der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung («Brundtland-Bericht») 1987, der das Konzept der nachhaltigen Entwicklung einführte. Der Bericht war Anstoss für die UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio. Der Erdgipfel forderte einen sorgsameren Umgang mit natürlichen Ressourcen im Norden und im Süden und ergänzte den wirtschaftlich und sozial geprägten Entwicklungsbegriff um die ökologische Dimension.

Die Globalisierung, beschleunigt durch den Fall der Berliner Mauer 1989 und den raschen technologischen Fortschritt (Internet!), erweiterte den Begriff der Entwicklung: Menschenrechte und universelle Normen rückten in den Vordergrund. 189 Staats- und Regierungschefs legten im Rahmen der Millenniumserklärung im Jahr 2000 den Respekt der Menschenrechte, gleiche Chancen für Frauen und Männer, die faire Verteilung des Wohlstands und gute Regierungsführung als Grundlage für Entwicklung fest. Seither ist Entwicklung nicht länger eine nationale oder bilaterale Angelegenheit, sondern eine globale Herausforderung mit verbindlichen Zielen und Zeithorizont. Im Rahmen der Millenniumentwicklungsziele verpflichteten sich Industrie- und Entwicklungsländer, gemeinsam auf die Halbierung der weltweiten Armut bis 2015 hinzuarbeiten.

Die Millenniumentwicklungsziele markieren einen Paradigmenwechsel: Die karitativ angehauchte Entwicklungshilfe mit ihrer Rollenteilung zwischen Geberländern, die Ressourcen und Entwicklungsmodelle zur Verfügung stellen, und Empfängerländern, die Massnahmen umsetzen, ist endgültig passé. Sie weicht dem Konzept der Entwicklungszusammenarbeit, die Programme im Dialog mit den örtlichen Behörden und der Zivilgesellschaft entwickelt und umsetzt. Partnerschaftliche Ansätze und gegenseitige Verantwortlichkeiten stehen nun im Vordergrund.

Schwellenländer rücken auf

Was ist Entwicklung? Eine abschliessende Antwort auf die eingangs gestellte Frage gibt es nicht. Der Begriff ist eng mit individuellen und kollektiven Wertvorstellungen verbunden, die sich in Raum und Zeit verändern. Der Wandel des entwicklungspolitischen Denkens und Handelns spiegelt die weltpolitischen Umbrüche. Früher liessen sich die Entwicklungsländer als mehr oder weniger homogene Ländergruppe mit ähnlichen strukturellen Grundproblemen erfassen. Der Begriff der Dritten Welt wurde geprägt. Er ist heute veraltet, denn die Weltkarte ist nuancierter geworden. Es gibt weiterhin eine Gruppe sehr armer Länder, die auf externe Hilfe angewiesen sind. Zahlreiche mittlere und grosse Entwicklungsländer haben jedoch bedeutende Fortschritte erzielt und die Armut im Land merkbar reduziert. Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien spielen eine wichtige Rolle in der Weltwirtschaft und der Ausgestaltung der internationalen Politik. Auch Südafrika, Mexiko, Chile, Indonesien, Thailand, Vietnam und viele andere Länder machen rasche wirtschaftliche und soziale Fortschritte. In der Weltwirtschaft und –politik kommt es zu beschleunigten Machtverschiebungen. Neue Realitäten irritieren vertraute Weltbilder.

Schwellenländer, grenzüberschreitender Güter- und Personenverkehr und neue Kommunikationsmittel haben die Trennlinien zwischen Welt Norden und Weltsüden verwischt. Die Welt ist zusammengerückt zum globalen Dorf. Mit der wachsenden Verflechtung von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern ist die Erde freilich auch verwundbarer geworden. Der Klimawandel, die Verknappung von Wasser und anderen lebenswichtigen Ressourcen, grosse Migrationsströme: Die Globalisierung und das starke Wirtschaftswachstum der letzten 20 Jahre haben latente Probleme zugespitzt und neue geschaffen. Die Verletzlichkeit der Ökosysteme und der Verlust der Artenvielfalt sind zu Themen der Entwicklungszusammenarbeit geworden.

Mit der Verwundbarkeit wächst auch der Stellenwert der internationalen Kooperation. Globale Probleme können von den reichen Ländern nicht im Alleingang, sondern nur in enger Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern bewältigt werden. Entwicklung wird somit zum gemeinsamen, weltumspannenden Projekt mit dem Ziel, die Grundlagen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entfaltung der Menschheit langfristig zu sichern.

Die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz

Im Jahr 1961 setzte der Bundesrat den ersten Delegierten des Dienstes für technische Zusammenarbeit ein. Dieses Ereignis markiert den eigentlichen Beginn der staatlichen Entwicklungshilfe der Schweiz. Der Bau von Brücken, die Etablierung von Käsereien und die Entwicklung von Berggebieten waren typisch für das frühe Engagement der Schweiz. Heute sind das Wirken im Gesundheits- und Bildungsbereich, die Mikrofinanz, der Wassersektor sowie Dezentralisierung und Demokratieförderung wichtige Aktivitätsfelder.

Die Themen und Methoden haben sich gewandelt, treu geblieben ist die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit der Idee, dass Entwicklung von unten her wachsen muss. Dem Einbezug der betroffenen Bevölkerung in die Ausgestaltung von Projekten und Programmen wird von jeher grosse Bedeutung zugemessen. In Kombination mit schweizerischen Tugenden wie Kontinuität, Professionalität und Neutralität begründen sie den guten internationalen Ruf der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit, der keine Motive geopolitischer Interessenwahrung nachgesagt werden können. Heute ist die Schweiz in über 40 Partnerländern und -regionen des Südens und Ostens tätig. 2009 setzte sie öffentliche Mittel im Umfang von CHF 2,5 Mrd. für die globale Armutsbekämpfung, die Humanitäre Hilfe und die Reformunterstützung in Osteuropa ein (weitere Informationen unter www.deza.admin.ch).

Die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes orientiert sich an den Bedürfnissen armer Länder und leistet Hilfe zur Selbsthilfe: Im Kern geht es um den Transfer von Wissen und bedürfnisgerechter Technologie, damit Menschen, Organisationen und Gesellschaften ihre Lebensbedingungen mit eigenen Anstrengungen nachhaltig verbessern können.

Globale Mitverantwortung

Entwicklungszusammenarbeit ist heute eine Querschnittsaufgabe, die verschiedene Departemente und Politikbereiche betrifft. Ihre Koordination obliegt der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Wichtige Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit leisten auch andere Bundesämter, namentlich das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO/Volkswirtschaftsdepartement), das Bundesamt für Migration (BFM/Justiz- und Polizeidepartement), die politischen Direktionen des EDA sowie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Um nachhaltige Verbesserungen zu erzielen, ist es notwendig, die einzelnen entwicklungsrelevanten Teilpolitiken aufeinander abzustimmen. Die Verbesserung der Kohärenz für Entwicklung ist – wie für alle Geberländer – auch eine besondere Herausforderung für die Schweiz.

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit hat sich in den letzten 50 Jahren gewandelt, um angemessen und wirksam auf veränderte Herausforderungen zu antworten. In der Veränderung blieb eines konstant: die starke Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit durch die Schweizer Bevölkerung. Dies war in den 60er-Jahren der Fall und ist heute nicht anders. Eine repräsentative Umfrage von 2009 zeigt, dass 83% der Schweizerinnen und Schweizer die Entwicklungszusammenarbeit im bestehenden Umfang beibehalten oder ausbauen möchten. In der Tat hat die Schweiz als wirtschaftlich starkes, international vernetztes und technologisch hoch entwickeltes Land gute Karten, um einen relevanten Beitrag zur weltweiten Armutsbekämpfung zu leisten. Unsere Hilfe ist mehr als eine Geste der Solidarität. Wir tragen damit globale Mitverantwortung und investieren in die nachhaltige Zukunft unserer Erde. Eine Investition, die uns allen zu Gute kommt.

Glossar

A

Ankerländer

Länder, denen im jeweiligen regionalen Kontext eine herausragende ökonomische und politische Bedeutung zukommt, nennt man Ankerländer. Sie sind mit anderen Ländern wirtschaftlich gut verbunden und spielen eine wichtige Rolle in regionalen Integrationsprozessen. Eine Reihe von Ankerländern greift zunehmend selbstbewusst und aktiv in das internationale wirtschaftliche und politische Geschehen ein. Bei der Lösung globaler Probleme wie Klimawandel, > *Ernährungssicherheit* und Wasserknappheit kommt diesen bevölkerungsreichen Ländern eine entscheidende Funktion zu. Als Ankerländer werden nebst China, Indien und Brasilien auch mittlere Staaten wie Indonesien, Pakistan, Thailand, Ägypten, Nigeria, Südafrika, Mexiko und die Türkei bezeichnet.

Armutsbekämpfung

Die Bekämpfung der Armut ist die Kernaufgabe der > *Entwicklungspolitik* und -zusammenarbeit. Über eine Milliarde Menschen müssen heute mit weniger als einem Dollar pro Tag überleben. Armut ist nicht nur ein materielles Problem, sondern bedeutet auch Ausschluss vom politischen und kulturellen Leben.

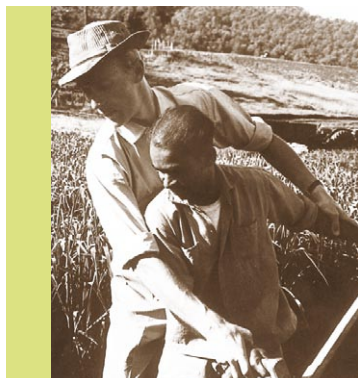
Wirtschaftliche, politische und kulturelle Rechte sind deshalb eine Grundvoraussetzung für die Überwindung von Armut. In den letzten 20 Jahren wurden bedeutende Fortschritte erzielt: So verbesserte sich zum Beispiel in zahlreichen asiatischen Ländern dank effizienten Anbaumethoden und rasantem Wirtschaftswachstum die > *Ernährungssicherheit*, und der Anteil der armen Bevölkerung sank erheblich.

Mit den > *Millenniumentwicklungszielen* hat sich die Staatengemeinschaft erstmals auf gemeinsame Ziele zur Bekämpfung der Armut geeinigt. Bis 2015 soll die Armut weltweit halbiert werden. Nachhaltige

Armutsbekämpfung muss benachteiligte Bevölkerungsgruppen in den Wirtschaftskreislauf einbinden und ihre Kaufkraft steigern. Investitionen in die > *Gesundheit*, > *Bildung* und Basisinfrastruktur sind wichtige Grundlagen dazu.

Aussenpolitik

Die Aussenpolitik gestaltet die Beziehungen eines Staates zu anderen Staaten und internationalen Organisationen. Sie umfasst verschiedene Politikbereiche wie zum Beispiel Handels-, Umwelt-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Kulturpolitik. Aussenpolitik wahrt die Interessen eines Staates im Ausland. Eine zukunftsorientierte Aussenpolitik setzt sich für die Lösung weltweiter Probleme wie Hunger, Klimawandel, > *Migration*, Ressourcenknappheit u.a. ein. Die schweizerische Bundesverfassung umschreibt ihre aussenpolitischen Ziele in Artikel 54: «Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.»



Pioniergeist und Helferwille prägen die Anfänge der schweizerischen Entwicklungshilfe im Feld:
Landwirtschaftsprojekt in Kerala/Indien.

60er
Jahre

B

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Anstrengungen eines Landes, Armut- und Entwicklungsprobleme zu bewältigen. Partner sind nationale, regionale oder lokale Behörden sowie Partner der > *Zivilgesellschaft* und der Privatwirtschaft. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit beschränkt sich nicht darauf, punktuelle Projekte zu realisieren (> *Projekthilfe*); mittels Programmen, die auf strukturelle Veränderungen zielen, verbessert sie die Lebensbedingungen der armen Bevölkerung nachhaltig (> *Programmhilfe*). Das bedeutet zum Beispiel, verbesserte Gesundheitsdienste in Gemeinden mit Reformen des nationalen Gesundheitssystems zu verknüpfen.

Bildung

Bildung öffnet Lebensperspektiven. Gebildete finden leichter eine bezahlte Arbeit und können sich aus eigener Kraft helfen. Ungebildete hingegen bleiben oft gefangen in der Armut. Bildung hat in der > *Entwicklungszusammenarbeit* einen entsprechend hohen Stellenwert. Die Schweiz fördert insbesondere den Zugang von Mädchen, Frauen und ethnischen Minderheiten zur Grundschulbildung sowie den Aufbau praxisorientierter Berufsbildungssysteme. Die Bildungsprogramme sind auf die lokalen Bedürfnisse und die Verwendung der lokalen Sprachen ausgerichtet. Die Entwicklungszusammenarbeit im Bildungsbereich weist – global gesehen – gute Erfolge aus: Die Analphabetismusquote sinkt weltweit, die Einschulungsquote nimmt generell zu. Immer weniger Mädchen und junge Frauen werden von der Bildung ausgeschlossen.

Bottom-up-Ansatz

«Bottom-up» heisst wörtlich von unten nach oben. In der > *Entwicklungszusammenarbeit* wird damit eine Arbeitsweise bezeichnet, die direkt bei den bedürftigen Menschen ansetzt und durch die konkrete Verbesserung der Lebensumstände eine Entwicklung von unten her stimuliert.

Der Einbezug der direkt Betroffenen in die Suche nach angepassten Lösungen ist besonders wichtig. Der «top-down»-Ansatz, die Entwicklung von oben, bringt Entwicklungsprozesse von der Regierungspolitik her in Gang. Beide Ansätze sind je nach Kontext und Absicht zielführend und können auch kombiniert werden.

Für die Schweiz als ausgeprägt föderalistischer Staat mit ausgebaute Basisdemokratie hat der bottom-up-Ansatz in der Entwicklungshilfe einen hohen Stellenwert. So engagiert sich die Schweiz für die Stärkung von Gemeinden, investiert in die > *ländliche Entwicklung* und fördert kleine und mittlere Unternehmen.

Bretton-Woods-Institutionen

1944 beschlossen die Finanzminister der späteren Siegermächte des Zweiten Weltkriegs an der Konferenz von Bretton Woods (USA) die Wiederaufbau-, Finanz- und Wirtschaftspolitik für die Nachkriegszeit. Zur Umsetzung der Bretton-Woods-Politik wurden die Weltbank bzw. die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationale Währungsfonds (IWF) gegründet. Diese Institutionen sind heute – mit verändertem Aufgabenfeld – wichtige Akteure der Entwicklungszusammenarbeit und > *Entwicklungsfinanzierung*. Die Weltbank vergibt langfristige Kredite an > *Entwicklungsländer* zu Vorzugsbedingungen. Der IWF trägt in Krisen mit Geldzuschüssen zur Stabilisierung der Volkswirtschaften bei. Seine Aktivitäten konzentrieren sich auf Entwicklungs- und Schwellenländer. 2010 wurde der IWF aber auch zur Bewältigung der Schuldenkrisen von Griechenland und Irland beigezogen.

Budgethilfe

Bei der Budgethilfe unterstützt der Geber nicht primär Einzelprojekte, sondern den öffentlichen Haushalt. Es gibt zwei Formen der Budgethilfe: Die generelle Budgethilfe unterstützt das Gesamtbudget eines Landes, bei der sektoriellen Budgethilfe fließt das Geld in ausgewählte Sektoren, die für die Entwicklung besonders relevant sind (zum Beispiel > *Bildung* oder > *Gesundheit*).

Die Budgethilfe hat gegenüber der Projekthilfe den Vorteil, dass sie die staatlichen Institutionen stärkt und die Umsetzungskosten der Hilfe verringert. Die Empfängerländer können angepasste und oft auch kostengünstigere Lösungen entwickeln. Budgethilfe verspricht dann Erfolg, wenn die Verwendung der Gelder durch konkrete Auflagen und Kontrollen abgesichert wird. Nach Einschätzung des Komitees für Entwicklungshilfe (> *DAC*) der OECD sind die Erfahrungen mit der Budgethilfe in den meisten unterstützten Ländern positiv. Gleichwohl fließen weltweit nur rund 10% der gesamten Entwicklungshilfegelder in die Budgethilfe. Ihre Bedeutung dürfte steigen, weil sie Geberländern die Möglichkeit gibt, gemeinsam namhafte Beiträge zu leisten bei gleichzeitig kleinem Planungsaufwand. Die Schweiz setzt gegenwärtig rund 3% ihrer Entwicklungsausgaben für die Budgethilfe ein.



60er
Jahre

Verbesserungen an der Infrastruktur sollen der lokalen Bevölkerung den Alltag erleichtern: Strassenbau in Rwanda.

D

DAC

Das Komitee für Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee/DAC) gehört zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development/> OECD). Es prüft und bewertet die Entwicklungshilfeleistungen der Industriestaaten und setzt wichtige entwicklungspolitische Leitplanken. Auch die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit wird regelmässig begutachtet. Im DAC-Bericht¹ von 2009 wird der Schweiz ein gutes Zeugnis ausgestellt: Die Schweizer Hilfe sei verlässlich und innovativ, insbesondere die > *humanitäre Hilfe* und die konstruktive Rolle im Bereich der > *multilateralen Hilfe*. Als Stärke bezeichnet das DAC weiter den > *bottom-up-Ansatz*, als ungenügend hingegen den Umfang der Schweizer Entwicklungshilfe. Mit 0,47% des Bruttonationaleinkommens (2009) liege sie deutlich unter den von der > UNO empfohlenen 0,7% und unter den Werten vergleichbarer Industriestaaten.

Demokratieförderung

Politische Mitbestimmung ist ein > *Menschenrecht*. Demokratieförderung ist in der Entwicklungszusammenarbeit wichtig, weil sich Länder vorab dann nachhaltig entwickeln, wenn die Menschen auf allen Ebenen in die politischen Entscheidprozesse einbezogen werden und dadurch auch Eigenverantwortung übernehmen. Demokratieförderung wird vor allem auf Gemeindeebene in Afrika, Asien und Lateinamerika betrieben. Sie ist auch in der Schweizer Ostzusammenarbeit wichtig; dort gilt es, ehemals kommunistische Länder beim Aufbau demokratischer Institutionen und Prozesse zu unterstützen.

DEZA

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) koordiniert die Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit sowie die humanitäre Hilfe des Bundes. Die DEZA gehört zum Eidgenössischen Departement für

¹ www.oecd.org/dac/peerreviews/switzerland

auswärtige Angelegenheiten (EDA) und beschäftigt rund 1 500 Personen im In- und Ausland. Sie umfasst 4 Aktionsbereiche:

- Die Regionale Zusammenarbeit unterstützt in > *Schwerpunktländern* sowie in ausgewählten Konfliktländern und -regionen Menschen, Organisationen und Gesellschaften bei der Lösung von Armut- und Entwicklungsproblemen.
- Im Rahmen der Globalen Zusammenarbeit beteiligt sich die Schweiz an der Finanzierung der > *UNO-Organisationen* und der internationalen > *Entwicklungsbanken*. Sie wirkt in den Leitungsorganen mit. Die Globale Zusammenarbeit nimmt Einfluss auf die globale Diskussion und leistet Beiträge, um grenzüberschreitende Herausforderungen (Klimawandel, > *Migration*, > *Ernährungssicherheit* und Wasserknappheit) zu bewältigen.
- Die Humanitäre Hilfe und das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) retten durch Nothilfe und Prävention Leben und lindern Leiden bei Naturkatastrophen und in Konfliktgebieten. Sie engagieren sich im Wiederaufbau und setzen sich für die Opfer von Krisen und Konflikten ein.
- Die Zusammenarbeit mit Osteuropa unterstützt Reformprozesse im Westbalkan und in Ländern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS). Sie setzt, zusammen mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (> *SECO*), den > *Erweiterungsbeitrag* an die neuen EU-Länder um.

Dezentralisierung

In vielen > *Entwicklungsländern* sind die politische Macht und die wirtschaftliche Entwicklung auf wenige grosse Städte konzentriert, während ländliche Regionen am Fortschritt kaum teilhaben. Stark zentralisierte politische Systeme verstärken diese Situation zusätzlich. Die Folgen der ungleichen Entwicklung sind Landflucht, Slumbildung und hohe Arbeitslosigkeit.

Dezentralisierung und der Transfer von Ressourcen (Entscheidungsbefugnisse, Finanzmittel) von der Zentralregierung an die regionalen und lokalen Behörden können das Ungleichgewicht entschärfen. Gemeinden und Regionen sind an der politischen Entscheidungsfindung zu beteiligen, und sie werden befähigt, die Dienstleistungen (> *Bildung*, > *Gesundheit*, Wasser etc.) auf lokaler Ebene zu verbessern. Wichtig ist zudem, die lokalen Behörden zu stärken, damit sie mit der Bevölkerung Projekte planen und durchführen können.

Die Schweiz unterstützt in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und Institutionen Dezentralisierungsprozesse im Westbalkan, in Afrika, Lateinamerika und Asien. Als föderalistisches und dezentral organisiertes Land verfügt sie im Bereich der Dezentralisierung über Erfahrung und Glaubwürdigkeit.

Do No Harm

«Do No Harm» («Richte keinen Schaden an») ist ein Leitfaden für die konflikt sensible Planung von Hilfsmassnahmen, insbesondere in Konfliktgebieten. Der von der amerikanischen Ökonomin Mary B. Anderson entwickelte Ansatz hat sich auch in der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit durchgesetzt.

Er besagt, dass Entwicklungsprojekte und die Lieferung von Hilfsgütern sowohl beabsichtigte als auch unbeabsichtigte Folgen haben können. Ein unvorsichtiges Vorgehen kann Schaden anrichten, indem zum Beispiel eine kriegstreibende Partei gestärkt wird. Um negative Folgen zu vermeiden, müssen deshalb vor der Verteilung von Hilfsgütern oder der Umsetzung von Entwicklungsprojekten die Akteure und der Kontext analysiert werden. In Gewaltkonflikten können einige Beteiligte die Parteien weiter entzweien («dividers»), andere das Verbindende aufrecht erhalten («connectors»). Die Massnahmen der externen Unterstützung sollen bewusst die im Krieg besonders heikle Position der «connectors» stärken.

Dritte Welt

Der Begriff «Dritte Welt» ist ein oft benutztes, aber zugleich unpräzises und veraltetes Synonym für die > *Entwicklungsländer*. Als Dritte Welt wurden ursprünglich die blockfreien Staaten bezeichnet, die sich im Kalten Krieg weder der Ersten Welt des kapitalistischen Westens noch der Zweiten Welt des kommunistischen Ostens zuordnen ließen. Später wandelte sich die Bedeutung des Begriffs zum Synonym für Entwicklungsländer.

Der Sammelbegriff «Dritte Welt» wurde für so unterschiedliche Länder wie Indien, Nigeria und Honduras verwendet. Er unterstellt eine Einheit mit prägenden Defiziten. Heute geht man in der > *Entwicklungszusammenarbeit* davon aus, dass die Probleme der Entwicklungsländer von unterschiedlichen Ursachen herrühren und sich deshalb eine individuelle Betrachtung aufdrängt. Als sinnvoll gelten – je nach Kontext – unterschiedliche Lösungsansätze, die den lokal verfügbaren Rohstoffen und Ressourcen sowie dem Potential dieser Staaten Rechnung tragen. Nach heutigem Verständnis bilden die Länder der Erde EINE Welt mit wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen armen, aufstrebenden und wohlhabenden Ländern.

Empowerment

Empowerment zielt auf die Überwindung der Armut durch die Stärkung der benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Wörtlich übersetzt heisst «to empower» zum einen ermächtigen oder bevollmächtigen und zum anderen befähigen. In der > *Entwicklungshilfe* bedeutet Empowerment, den Benachteiligten zu ermöglichen, ihre Lebensverhältnisse selber zu verbessern und zu gestalten. Armut ist immer auch Ausdruck sozialer, wirtschaftlicher und politischer Macht- und Perspektivlosigkeit. Diese gilt es zu durchbrechen, damit die Menschen ihre Bedürfnisse selber formulieren, angepasste Lösungen entwerfen und die lokale und nationale Politik der > *Armutsbekämpfung* beeinflussen können.

Entwicklungsbanken

Entwicklungsbanken (Finanzierungsinstitutionen) versorgen Entwicklungs- und Schwellenländer mit Kapital und Beratung. Dank ihrer Finanzkraft und ihrem Fachwissen sind sie in der Lage, grosse und sehr komplexe Projekte und Reformvorhaben umzusetzen. Entwicklungsbanken können Entwicklungsländern auch in wirtschaftlichen Krisenlagen Kredite zu günstigen Konditionen anbieten. Zudem gewähren sie den ärmsten Ländern Darlehen zu besonders günstigen Bedingungen. Indem die Unterstützung mit wirtschaftlichen oder institutionellen Vorgaben verknüpft wird (zum Beispiel Öffnung der Märkte, gute Regierungsführung etc.), nehmen Entwicklungsbanken Einfluss auf die Politik der unterstützten Staaten – ein Anlass zu wiederkehrender öffentlicher Kritik.

Die wichtigsten internationalen Finanzierungsinstitutionen sind die Weltbank, die Europäische Bank für Entwicklung und Wiederaufbau, die Afrikanische, die Asiatische und die Interamerikanische Entwicklungsbank sowie der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung. Die Weltbank vergibt jährlich Kredite im Umfang von CHF 25–30 Mrd. Die Schweiz beteiligt sich mit Fachwissen und Kapitaleinlagen an den Entwicklungsbanken und hat Einsitz in den Steuerungsgremien der Finanzierungsinstitutionen. Sie beteiligt sich an den Darlehen für die ärmsten Länder.



Integrierte Projekte zielen auf eine verstärkte Wirkung der Entwicklungshilfe, indem sie in mehreren Lebensbereichen gleichzeitig Verbesserungen anstreben. Der Bau von Hängebrücken in Nepal beispielsweise ist Teil eines solchen Projekts.

70er
Jahre

Entwicklungsfinanzierung

Für die Entwicklungsfinanzierung stehen Mittel aus verschiedenen Quellen zur Verfügung: Neben der öffentlichen Entwicklungshilfe der Industriestaaten sind es Gelder der > *Entwicklungsbanken*, der > *UNO* und der > *Nichtregierungsorganisationen*. Ein wichtiger Meilenstein im Hinblick auf die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit war die Internationale Konferenz der UNO in Monterrey (Mexiko) im Jahr 2002: Der sogenannte Konsens von Monterrey fordert von den entwickelten Ländern, dass sie mindestens 0,7% ihres Bruttonettoprodukts (BSP) als öffentliche Entwicklungshilfe für die Erreichung der > *Millenniumentwicklungsziele* zur Verfügung stellen. Auch die Rahmenbedingungen für den Güterverkehr zwischen Industrie- und Entwicklungsländern seien auf entwicklungsfördernde Weise zu gestalten (> *Fairer Handel*).

Entwicklungshilfe/Entwicklungszusammenarbeit

Heute ist von Entwicklungszusammenarbeit statt von Entwicklungshilfe die Rede. Entwicklungszusammenarbeit verweist stärker auf den partnerschaftlichen Ansatz bei der Lösung von Armuts- und Entwicklungsproblemen. Entwicklungszusammenarbeit soll die weltweite Armut bekämpfen und entwicklungshemmende Faktoren auf lokaler, regionaler und globaler Ebene überwinden helfen. Die Entwicklungszusammenarbeit erschöpft sich nicht in der > *bilateralen Zusammenarbeit* mit Partnerländern. Sie trägt auch zu einer entwicklungsförderlichen Ausgestaltung der internationalen Regeln und Vereinbarungen bei. Anders als die > *humanitäre Hilfe*, die als Nothilfe im Kriegs- und Katastrophenfall interveniert, ist Entwicklungszusammenarbeit auf langfristige, strukturelle Veränderung ausgerichtet.

Entwicklungsland

Umgangssprachlicher Sammelbegriff für Länder, die als arm gelten. Als Beurteilungsgrundlage verwendet die > *UNO* den > *Human Develop-*

ment Index (HDI), der nebst dem Pro-Kopf-Einkommen auch den Bildungsstand und die Lebenserwartung berücksichtigt. Viele Entwicklungsländer leiden unter verbreiteter Armut (> *Armutsbekämpfung*), hoher Arbeitslosigkeit und einem limitierten Zugang zu Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich.

Entwicklungspolitik

Die Entwicklungspolitik eines Staates umfasst alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Massnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen in Entwicklungs- und > *Transitionsländern*. Entwicklungspolitik ist kein in sich geschlossenes Themenfeld. Eine entwicklungspolitische Dimension haben zum Beispiel die Handels- und die Landwirtschaftspolitik. Die Abstimmung der entwicklungsrelevanten Teilpolitiken in ein stimmiges Ganzes (> *Kohärenz*) ist eine der grossen Herausforderungen der Entwicklungspolitik.

In der Schweiz folgt die Entwicklungspolitik gesetzlichen Vorgaben, die vom Parlament festgelegt werden. Grundlage ist das Entwicklungshilfegesetz von 1976. Das Parlament legt in den Botschaften zu den Rahmenkrediten im 4- bis 5-Jahreszyklus die inhaltlichen Ziele fest und bestimmt die thematischen und geografischen Schwerpunkte.

Ernährungssicherheit

Trotz kontinuierlicher Ausdehnung der landwirtschaftlichen Flächen ist die Zahl der mangelhaft Ernährten 2009 über die Milliardengrenze gestiegen. Die Verbesserung der Ernährungssicherheit ist deshalb ein dringendes Anliegen. Ernährungssicherheit ist gewährleistet, wenn gute, gesunde Nahrung in ausreichendem Mass für alle verfügbar ist. Entscheidend ist aber nicht nur das mengenmässig verfügbare Angebot an Nahrungsmitteln, sondern auch dessen Erschwinglichkeit für die Armen.

Die Schweiz engagiert sich seit Jahrzehnten vor allem über Programme zur Förderung der Produktion und des Vertriebs von landwirtschaftlichen Produkten im Kampf gegen den Hunger. Sie investiert zudem in die angewandte landwirtschaftliche Forschung und verschafft Kleinbauern den Zugang zu qualitativ hochstehendem, dürreresistentem Saatgut.

Erweiterungsbeitrag

Der Erweiterungsbeitrag an die neuen EU-Mitgliedländer ist ein Beitrag an die Sicherheit und Prosperität in Europa und als solcher – gemäss > *OECD/DAC*-Kriterien – nicht als öffentliche Entwicklungshilfe zu rechnen. Die Ausweitung der EU nach Osteuropa hat die Wirtschaft stimuliert und die Sicherheit in Europa erhöht. Davon profitiert auch die Schweiz. Deshalb beteiligt sich der Bund am Ausgleich des Wohlstandsgefälles zwischen den 15 alten und den 12 neuen EU-Ländern. Unter dem Titel Erweiterungsbeitrag setzt die Schweiz in den neuen EU-Ländern Projekte in 4 entwicklungsrelevanten Bereichen um:

- Sicherheit, Stabilität und Reformunterstützung
- Umwelt und Infrastruktur
- Förderung des Privat sektors
- menschliche und soziale Entwicklung

Empfängerländer sind seit 2007 Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern sowie seit 2010 Rumänien und Bulgarien. Die Mittel werden von DEZA und > *SECO* gemeinsam umgesetzt und vor allem in Randregionen investiert, die vom Wachstum bisher wenig profitiert haben. Die Modernisierung der Spitäler in Estland, die Stärkung von KMU in Polen und die Ausgabe von Stipendien an junge Wissenschaftler sind konkrete Beispiele für die Verwendung der Mittel. Rund ein Drittel der Projekte wird unter Beteiligung von Schweizer Unternehmen realisiert.

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

F

Fairer Handel

Der internationale Handel ist ein starker Entwicklungsmotor und wichtiger Devisenbringer. Zu einer nachhaltigen Entwicklung (> *Nachhaltigkeit*) trägt Handel vor allem dann bei, wenn die Produzenten an der Basis an den Erträgen angemessen teilhaben und zu existenzsichernden Löhnen arbeiten können. Fair gehandelte Produkte zeichnen sich durch eine soziale und umweltgerechte Produktionsweise aus und sind meist etwas teurer als Konkurrenzprodukte. Fairer Handel entfaltet sich vor allem dort, wo die Märkte der Industrieländer nicht mit überhohen Handelsschranken abgeschottet werden.

In der Schweiz wächst der Marktanteil des fairen Handels kontinuierlich. Längst haben Fair-Trade-Produkte den Weg in die Regale der Schweizer Grossverteiler gefunden.



70er Jahre

Verbesserungen in der Land- und Forstwirtschaft, Gesundheitsförderung, Wasserversorgung, Projekte im Bildungsbereich, Strassenbau und Förderung des Kleingewerbes gehören zum integrierten Ansatz des Schweizer Engagements.

Friedensförderung

Ohne Frieden keine Entwicklung – ohne Entwicklung kein Frieden. Die Friedensförderung schafft bzw. stärkt die für eine nachhaltige > *Entwicklungszusammenarbeit* nötigen Rahmenbedingungen. Friedensförderung umfasst sowohl militärische als auch zivile Massnahmen («peace keeping» und «peace building»). Zur zivilen Friedensförderung gehören u. a. die Unterstützung transparenter Wahlen, die Stärkung der > *Menschenrechte* sowie der Aufbau bürgernaher Polizeiinstitutionen und unabhängiger Justizbehörden. Friedensförderung umfasst auch Verhandlungsprozesse. Unterschieden werden 2 Wege (Tracks):

- Track 1 setzt auf Regierungsebene an und führt den Dialog mit Vertretern der politischen und wirtschaftlichen Macht.
- Track 2 basiert auf Initiativen aus der > *Zivilgesellschaft* (Kirchen, NGO, Privatsektor etc.).

Friedensförderung ist ein wichtiges Instrument der Schweizer Aussen- und Entwicklungspolitik. Als neutrales Land ohne koloniale Vergangenheit ist die Schweiz in hohem Mass glaubwürdig.

Geberkomitees

Geberkomitees sind Gruppierungen von Geberländern, die ihre > *Entwicklungspolitik* miteinander koordinieren. Mit ihren Absprachen richten Geberkomitees die internationale Hilfe auf gemeinsame Ziele und Standards aus. Die Bündelung der Mittel verleiht dem Politikdialog mit der Regierung des Empfängerlandes mehr Gewicht. Geberkomitees haben vor allem bei der > *Budgethilfe* eine wichtige Koordinationsaufgabe.

Gebundene Hilfe

Von gebundener Hilfe ist die Rede, wenn das Empfängerland als Gegenleistung bestimmte Güter und Dienstleistungen aus dem Geberland beziehen muss. Hilfeleistungen an ein Drittland werden demnach mit dem Aufbau von Absatzmärkten für eigene Güter und Dienstleistungen

verknüpft. Dieser Ansatz ist heute weitgehend überholt, weil er angepasste Lösungen verhindert und sich am (teuren) Kostenniveau des Geberlandes orientiert. Zudem verletzt er eine Regel der Welthandelsorganisation (WTO), wonach Beschaffungsaufträge international auszuscreiben sind. 2001 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (> *OECD*) empfohlen, die Hilfe an die am wenigsten entwickelten Länder von der Lieferbindung abzukoppeln. Die Schweiz teilt dieses Anliegen und verzichtet fast vollständig auf gebundene Hilfe an Entwicklungsländer. Teilweise gebundene Hilfe gibt es bei einigen Infrastrukturfinanzierungen in Transitionsländern Osteuropas.

Gender/Gender Equality

Gender bezeichnet die soziale Geschlechterrolle einer Person im Unterschied zu ihrem biologischen Geschlecht (engl. *sex*). Das soziale Geschlecht ist geprägt durch die Rollen, Ressourcen, Rechte und Pflichten, die den Männern und Frauen in einer Gesellschaft zugewiesen werden. Frauen tragen als Mütter, Ernährerinnen und Pflegenden besonders viel Verantwortung, sind jedoch oft benachteiligt. Ein grosser Teil ihrer Arbeit ist unbezahlt. Dies schmälert das gesellschaftliche Entwicklungspotential und verhindert Gleichberechtigung. Eine nachhaltige Entwicklungsstrategie muss geschlechterspezifische Benachteiligungen abbauen, damit Männer und Frauen gleichermaßen am Entwicklungsprozess teilhaben können (Gender Equality).

Gender Mainstreaming bedeutet, dass die Gleichstellung der Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen gefördert wird, zum Beispiel im Ausbildungs- und Gesundheitssektor, in der ländlichen Entwicklung und in der Wirtschaft.

Gesundheit

Der Zugang zu einer zuverlässigen Grundversorgung im Gesundheitsbereich ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die menschliche Entwicklung. In den > *Millenniumentwicklungszielen* nimmt die Gesundheitsförderung eine zentrale Rolle ein. Nebst der medizinischen Versorgung umfasst die Basisgesundheitsförderung auch gute Ernährung, Zugang zu sauberem Wasser, Familienplanung, Prävention und Impfkampagnen etc. Basisgesundheitsförderung setzt ein Minimum an Schulbildung und Information über das Gesundheitssystem voraus, besonders auch für Mädchen. Die Entwicklung der Basisgesundheitsförderung ist deshalb verknüpft mit den Aspekten > *Gender* und > *Bildung*.

Die Gesundheitsförderung ist ein wichtiges Anliegen der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Im Fokus stehen ein verbesserter Zugang für arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen zur Grundmedizin sowie die Reform staatlicher Gesundheitssysteme mit dem Ziel, diese wirksamer und bedürfnisgerechter auszurichten. Die vielerorts sinkende Kindersterblichkeit, die steigende Lebenserwartung und die sinkenden Ansteckungsraten mit lebensbedrohlichen Krankheiten bezeugen die Erfolge bei der Gesundheitsförderung in Entwicklungsländern.



80er

Die Bedeutung der Frauen für den Entwicklungsprozess wird zunehmend erkannt und in der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt. (Frauen an einer Handpumpe in Lesotho)

Jahre

Globale öffentliche Güter

Das Konzept der Globalen Öffentlichen Güter (Global Public Goods/ GPGs) ist innerhalb weniger Jahre zu einem neuen Referenzrahmen für die globale Umwelt- und Entwicklungspolitik geworden. Auslöser war die > *UNDP*-Publikation «Global Public Goods. International Cooperation in the 21st Century» (1999). GPGs sind Güter, deren Nutzen über Landesgrenzen und Regionen, Bevölkerungsgruppen und Generationen hinaus reicht. Unter diese breite Definition fallen zum Beispiel Frieden und Sicherheit, Gesundheit, eine intakte Umwelt, das kulturelle Erbe, finanzielle Stabilität, Wissen und Information, aber auch Fairness und Gerechtigkeit.

Zwei Merkmale prägen das Konzept: Erstens kann niemand vom Konsum eines GPGs ausgeschlossen werden (Nicht-Ausschliessbarkeit); zweitens kann das GPG zur gleichen Zeit von verschiedenen Menschen konsumiert werden (Nicht-Rivalität).

Globalisierung

Globalisierung bezeichnet den Prozess der weltweiten Verflechtung in Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt, Kommunikation etc. Beschleunigt wird sie durch die enorme Senkung der Transport- und Kommunikationskosten und die Beseitigung von Schranken für den grenzüberschreitenden Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, Wissen und – in geringerem Grad – Menschen. Die Auswirkungen der Globalisierung auf Entwicklungs- und Schwellenländer sind vielgestaltig und variieren von Land zu Land. Ressourcenreiche und exportstarke Entwicklungsländer gewinnen durch die Globalisierung neue Absatzmärkte und politischen Einfluss, Länder mit wenig weltmarktfähigen Produkten werden durch den Import billiger Massenware aus dem Markt verdrängt und verlieren an Bedeutung. Globalisierung und globale Risiken (Klimawandel, Ressourcenknappheit etc.) beeinflussen insbesondere die Entwicklungsperspektiven armer Länder.

Die schweizerische > *Entwicklungspolitik* setzt sich u. a. für eine ent-

wicklungsförderliche Globalisierung ein. Dazu gehören eine vertiefte Zusammenarbeit und die Stärkung der Verhandlungspositionen südlicher Länder beim Aushandeln von internationalen Regeln und Normen.

Gouvernanz

Das Konzept der Gouvernanz resp. guten Regierungsführung basiert auf der Einsicht, dass ohne Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Verantwortlichkeit der Regierenden die Entwicklungszusammenarbeit nur ungenügende Ergebnisse zeitigt. Gouvernanz macht Aussagen über das Funktionieren eines Staates bzw. einer politischen Behörde (politische Gouvernanz) oder des Privatsektors (wirtschaftliche Gouvernanz). Der Begriff steht für Entscheidungsprozesse in verschiedenen Gesellschaftsbereichen und auf unterschiedlichen Verantwortungsebenen.

Wichtige Voraussetzungen für gute Gouvernanz sind Transparenz bei der Entscheidungsfindung sowie Verlässlichkeit und Effizienz bei der Umsetzung von Entschlüssen sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik. Zur Überwachung braucht es unabhängige Institutionen, eine unparteiische Justiz und eine starke > *Zivilgesellschaft*. Die Förderung der guten Regierungsführung ist ein Kernanliegen der Entwicklungszusammenarbeit, und zwar sowohl auf Ebene des Zentralstaats als auch in Provinzen und Gemeinden.

Gouvernanz ist ein Querschnittsthema der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Stärkung der Gemeindeverwaltungen, die Dezentralisierung der politischen Strukturen und der Aufbau unabhängiger Justizbehörden sind drei prominente Beispiele.

Hilfe zur Selbsthilfe

Hilfe zur Selbsthilfe ist ein wichtiger Grundsatz der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit: Sie unterstützt die eigenen Anstrengungen von Staaten, Gesellschaften und Menschen, ihre Armuts- und Entwicklungsprobleme zu lösen. Dies geschieht durch den verbesserten Zugang zu

Wissen, Technologie und Ressourcen. Die unterstützten Institutionen und Organisationen sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Eigenverantwortung wahrnehmen und aus eigener Kraft einen Beitrag leisten. Die Einführung verbesserter Anbautechniken oder der Zugang zu Finanzdienstleistungen für Arme sind konkrete Beispiele.

Human Development Index

Der Human Development Index (HDI) misst die Lebensqualität und das Entwicklungsniveau in einem Land. Das Instrument wurde 1990 vom Entwicklungsprogramm der UNO (> *UNPD*) erarbeitet und berücksichtigt drei Faktoren: Lebenserwartung, > *Bildung* und Einkommen.

Durch den Einbezug von sozialen Indikatoren sagt der HDI mehr über den Entwicklungsstand eines Landes aus als das Pro-Kopf-Einkommen. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit fokussiert auf > *Entwicklungsländer* mit besonders tiefem HDI. Im Index von 2009, der 182 Länder erfasst, befinden sich mehrere Partnerländer der Schweiz am Schluss des Feldes: Tschad (175), Burkina Faso (177), Mali (178) und Niger (182). Die Schweiz lag 2010 auf Platz 13. An der Spitze behauptet sich Norwegen.

Humanitäre Hilfe

Humanitäre Hilfe ist Nothilfe nach Naturkatastrophen und gewaltsamen Konflikten. Leben retten, die Trinkwasserversorgung sicherstellen, Notunterkünfte aufbauen und die Opfer medizinisch betreuen sind die wichtigsten Aufgaben. Im Unterschied zur langfristig angelegten > *Entwicklungszusammenarbeit* arbeitet die humanitäre Hilfe meistens eher kurzfristig und unter Zeitdruck.

Der Humanitären Hilfe des Bundes ist auch das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) angegliedert, das im Notfall innert wenigen Stunden Expertinnen und Experten für humanitäre Einsätze bereitstellen kann. Einen besonderen Stellenwert haben – nebst Nothilfe und Wieder-

aufbau – die Früherkennung von Risiken sowie vorbereitende Massnahmen (engl. prevention and preparedness) wie zum Beispiel die Einrichtung von Frühwarnsystemen oder die Ausbildung von Rettungsdiensten in gefährdeten Gebieten. Zudem setzt sich die Humanitäre Hilfe für die Opfer von humanitären Krisen ein (engl. advocacy).

Klimaschutz

Dürren und Überschwemmungen infolge von Klimaveränderungen können die Armut massiv verschärfen. Der Klimaschutz ist deshalb zu einer vordringlichen Aufgabe der > *Entwicklungszusammenarbeit* geworden. Im Vordergrund stehen zwei Strategien:

- Mit Anpassungsmassnahmen (Adaptation) – zum Beispiel durch Bewässerung, den Bau von Schutzdämmen oder die Entwicklung von dürreresistentem Saatgut – bewältigen die Länder die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels.
- Mit Reduktionsmassnahmen (Mitigation) wird der Ausstoss von Treibhausgasen insgesamt vermindert, wodurch die Ursachen des Klimawandels bekämpft werden. Dies geschieht zum Beispiel mittels energie- und ressourcensparender Verfahren bei der Herstellung von Baustoffen oder durch gezielte Wiederaufforstungsmassnahmen. Mitigationmassnahmen sind insbesondere in den rasch wachsenden Schwellenländern notwendig, deren Ausstoss von Treibhausgasen stark ansteigt.

Der Transfer von Know-how und Klimaschutztechniken kann zum Motor eines nachhaltigen Entwicklungsmodells werden. Innovation und die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie erhalten auch in der Entwicklungszusammenarbeit ein stärkeres Gewicht.

Kohärenz

Kohärenz bedeutet das möglichst widerspruchsfreie Zusammenspiel der verschiedenen Politikbereiche eines Landes. > *Entwicklungspolitik*

ist dann kohärent, wenn die Aussen-, Handels-, Finanz-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Forschungs-, Arbeitsmarkt-, Flüchtlings- und Migrationspolitik möglichst gut auf die entwicklungspolitischen Ziele abgestimmt sind. Inkohärent handelt ein Staat zum Beispiel, wenn er zwar Entwicklungshilfe leistet, aber gleichzeitig eine Aussenwirtschaftspolitik betreibt, welche die entwicklungspolitischen Ziele unterläuft. Da Zielkonflikte unvermeidbar sind, bildet die Ausgestaltung einer kohärenten Entwicklungspolitik für alle Geberstaaten eine permanente Herausforderung.

Konditionalität

Ein Geberland kann seine > *Entwicklungszusammenarbeit* an konkrete Auflagen knüpfen. Die politische Konditionalität verlangt die Einhaltung entwicklungsförderlicher Grundregeln (zum Beispiel gute > *Gouvernanz*, die Einhaltung der Menschenrechte, die Bereitschaft für Reformen etc.). Die wirtschaftliche Konditionalität verknüpft die Hilfeleistungen mit Auflagen für die staatliche Finanz- und Wirtschaftspolitik. Als Pauschalmaßnahme sind die politische und insbesondere die wirtschaftliche Konditionalität umstritten. Heute steht die Verknüpfung von pragmatischen Auflagen mit politischen und wirtschaftlichen Reformprozessen im Vordergrund.



80er
Jahre

Der Beitrag der Frauen zur Förderung von Hygiene und Gesundheit ist entscheidend.
(Gesundheitskampagne in Indien)

Kooperationsbüros

Die schweizerische > *Entwicklungszusammenarbeit* baut auf eine starke Präsenz vor Ort, einen ergebnisorientierten Dialog mit Behörden und > *Zivilgesellschaft* sowie eine sorgfältige Überwachung der Programme. Die > *DEZA* führt deshalb in den > *Schwerpunktländern* des Südens und des Ostens eigene Vertretungen (Kooperationsbüros), die ein Schweizer Expertenteam leitet. Dieses setzt die Programme mit lokalen Mitarbeitenden um. Dank ihrer Nähe zum Geschehen tragen die Kooperationsbüros wesentlich dazu bei, dass die Programme im jährlichen Umfang von CHF 5–25 Mio. pro Land an den lokalen Bedürfnissen orientiert sind, und dass die Mittel wirksam eingesetzt werden.

Korruption

Korruption bezeichnet generell den Missbrauch von Macht zu privatem Vorteil. Sie ist eine wesentliche Ursache für die geringe Leistungsfähigkeit zahlreicher Staaten. Korruption findet nicht nur im staatlichen Bereich statt, sondern erschwert in vielen Ländern auch den geschäftlichen und gesellschaftlichen Alltag. Sie kann dazu führen, dass Menschen ohne Bestechung nicht in den Genuss von öffentlichen Dienstleistungen kommen, zum Beispiel im Gesundheits- und Bildungswesen. Die Bekämpfung von Korruption bedeutet eine ständige Herausforderung sowohl in den Programmen der > *Entwicklungszusammenarbeit* wie auch in der Politik und im öffentlichen Leben. Die Erfahrung zeigt, dass griffige Gesetze und klare Regeln bei der Vergabe von Aufträgen die Korruption zwar mindern, aber nicht völlig eindämmen können. Sie schaffen aber zumindest ein Unrechtsbewusstsein.

Kultur und Entwicklung

Kulturelle Werte und Orientierungen sind der Motor von Entwicklungsprozessen eines Landes. Kultur wird in der > *Entwicklungszusammenarbeit* zunehmend als Querschnittsaufgabe wahrgenommen. Dabei geht es insbesondere um die Verständigung über kulturelle Grenzen hinweg und um die Bewältigung von gemeinsamen Aufgaben. Die Berücksichtigung von kultureller Vielfalt ist eine wichtige Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung.

Ländliche Entwicklung

Das in vielen Ländern herrschende Wohlstandsgefälle zwischen urbanen und ruralen Gebieten führt zu Landflucht und zum Anwachsen der städtischen Elendsquartiere. Programme zur ländlichen Entwicklung sollen die Migration der armen Landbevölkerung in die Städte bremsen, indem sie die Lebensbedingungen auf dem Land verbessern. Sie umfassen Massnahmen wie zum Beispiel die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die Verbesserung der Marktchancen für lokal produzierte Produkte sowie den Aufbau von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Die Schweiz verfügt in der ländlichen Entwicklung über solide Erfahrungen. Die entsprechenden Programme haben in der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit einen hohen Stellenwert.

Livelihood Approach

Unter Livelihood versteht man die ganzheitliche Lebenssituation der Menschen. Der Livelihood Approach beinhaltet in der Entwicklungszusammenarbeit eine umfassende Analyse der Lebensbedingungen der armen Bevölkerungsgruppen. Er setzt auf gebündelte Massnahmen wie die Förderung der Landwirtschaft, > *Gesundheit* und > *Bildung*, um diese Bedingungen zu verbessern. Je nach Region und Bevölkerungsgruppe fallen die Massnahmen unterschiedlich aus.

Menschenrechte

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10.12.1948 verabschiedet. Die Erklärung ist Grundlage für mehr als 60 internationale und regionale Menschenrechtsverträge. Als Menschenrechte gelten diejenigen Rechte, die jedem Menschen aufgrund seines Menschseins – unabhängig von Hautfarbe und Staatsangehörigkeit, politischer oder religiöser Überzeugung, sozialer Stellung, Geschlecht oder Alter – zukommen. Weder darf der Staat sie verweigern oder entziehen, noch kann der oder die Einzelne freiwillig oder unter Zwang auf sie verzichten. Sie kennzeichnen den Wert und die Würde der menschlichen Persönlichkeit. Auch die Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich an den Menschenrechten. (Mehr zum Thema Menschenrechte im «ABC der Menschenrechte», zu bestellen bei publikationen@eda.admin.ch).

Migration

Migration bezeichnet die Wanderbewegungen von Menschen. Das weltweite Einkommensgefälle, das rasante Bevölkerungswachstum in armen Ländern, zusammenwachsende Arbeitsmärkte und eine ungebremste weltweite Nachfrage nach billigen Arbeitskräften führten in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer verstärkten Migration sowohl zwischen Entwicklungsländern wie auch zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Damit sind Probleme, aber auch entwicklungspolitische Chancen verbunden. Die Geldtransfers von Migranten in ihre Heimat, die sogenannten *> Remittances*, übersteigen mittlerweile das Volumen der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe um mehr als das Doppelte. Die Entwicklungspolitik ist gefordert, durch rechtliche und soziale Massnahmen das Potenzial der Migration für die Entwicklung der Herkunftsländer zu nutzen und die negativen Folgen (zum Beispiel Verlust hochqualifizierter Arbeitskräfte) zu vermindern.

Mikrofinanz

Mikrofinanz ist ein Sammelbegriff für Finanzdienstleistungen, die insbesondere Arme nutzen. Dazu zählen Kleinstkredite, Sparkonti, Versicherungen und Geldüberweisungen. Das bekannteste Instrument ist der Mikrokredit. Er verschafft Menschen, die von herkömmlichen Banken wegen fehlender Sicherheiten nicht als Kunden akzeptiert werden, Zugang zu Finanzdienstleistungen. Mikrokredite werden Einzelnen oder Gruppen gewährt, die damit Land pachten, Saatgut kaufen oder ein kleines Gewerbe aufbauen. Die Mikrofinanz ist eine kostengünstige und marktkonforme Strategie der > *Armutsbekämpfung*. Sie ist in zahlreichen Ländern Asiens und Lateinamerikas verbreitet. Dank neuen Methoden und Technologien (zum Beispiel Überweisungen via Mobiltelefon) können Mikrofinanzdienstleistungen auch in ländlichen Gebieten kostengünstig angeboten werden. In zahlreichen Partnerländern unterstützt die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit Mikrofinanzinstitute mit Beratung und Anschubfinanzierung.



90er
Jahre

Der Erdgipfel von Rio (1992) setzt neue Maßstäbe: Umweltfragen und soziale Probleme können nicht isoliert voneinander gelöst werden, Entwicklung muss nachhaltig sein. (Warmwasser durch Sonnenenergie, Jamkhed/Indien)

Millenniumentwicklungsziele

Um die absolute Armut bis 2015 zu halbieren, hat sich die internationale Staatengemeinschaft erstmals auf gemeinsame Entwicklungsziele geeinigt. Die Millenniumserklärung der > UNO vom 18.09.2000 umfasst 4 Bereiche:

- Frieden, Sicherheit, Abrüstung
- Entwicklung und Armutsbekämpfung
- Schutz der gemeinsamen Umwelt
- Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung

Die 8 entwicklungspolitischen Ziele nehmen die Beschlüsse der Weltkonferenzen der 90er Jahre auf. Sie gelten für Entwicklungs- und Industrieländer gleichermaßen.

1. Halbierung der Armut: Bis 2015 soll die Anzahl der Menschen halbiert werden, die mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag überleben müssen.
2. Schulbildung: Allen Kindern soll der Besuch und der Abschluss einer Primarschule ermöglicht werden (> *Bildung*).
3. Gleichstellung: Die Gleichstellung der Geschlechter soll insbesondere in der Primar- und Sekundarschulbildung gefördert werden (> *Gender*).
4. Kindersterblichkeit: Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren soll um zwei Drittel gesenkt werden.
5. Müttersterblichkeit: Die Sterblichkeit von Müttern soll um drei Viertel gesenkt werden.
6. Übertragungskrankheiten: Die Ausbreitung von Aids, HIV-Infektionen, Malaria und anderen schweren Krankheiten soll konsequent bekämpft werden (> *Gesundheit*).
7. Umwelt: Der Zugang zu Trinkwasser soll verbessert und die Verslumung der Städte eingedämmt werden. Erneuerbare Energien sollen verstärkt zum Nutzen der Armen eingesetzt werden.
8. Partnerschaft: Eine globale Entwicklungspartnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern soll aufgebaut werden.

Die UNO und die Weltbank legen jährlich Rechenschaft über die Erreichung der Ziele ab. Zwischen den verschiedenen Armutsregionen bestehen erhebliche Unterschiede. Bevölkerungsreiche Länder wie China und Indien erzielten grosse Fortschritte, während Afrika südlich der Sahara mehr Mühe bekundet.

Multilaterale Zusammenarbeit

Grenzüberschreitende Probleme können nicht von einzelnen Staaten gelöst werden. Die > UNO und die internationalen Finanzierungsinstitutionen sowie globale Fonds befassen sich mit Themen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Internationale Institutionen nutzen rund ein Drittel der weltweiten > *Öffentlichen Entwicklungshilfe*. Zu den wichtigsten Institutionen der multilateralen Zusammenarbeit gehören die Weltbankgruppe, die regionalen Entwicklungsbanken und deren Entwicklungsfonds, UNO-Organisationen und -Programme sowie globale Fonds, in die auch private Stiftungen und Unternehmen zahlen.

Dank ihrer Grösse und ihrem Gewicht in der internationalen Zusammenarbeit können multilaterale Organisationen Regierungen bei der Umsetzung von Reformvorhaben und breitenwirksamen Programmen unterstützen. Multilaterale Organisationen beeinflussen insbesondere die Ausgestaltung internationaler Entwicklungsziele und Vereinbarungen sowie deren Umsetzung.

Die Schweiz setzt rund 40% ihrer Entwicklungsleistungen für die Länder des Südens in der multilateralen Zusammenarbeit ein. Sie nimmt Einsitz in die Steuerungsgremien der UNO-Organisationen und der internationalen Finanzierungsinstitutionen und gestaltet auf diese Weise die internationale Entwicklungspolitik mit.

N

Nachhaltigkeit

Nachhaltige Entwicklung befriedigt die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen, ohne die Befriedigung der Bedürfnisse künftiger Generationen zu gefährden: So lautet die Definition der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung («Brundtland-Kommission») aus dem Jahr 1987. Programme der > *Entwicklungszusammenarbeit* sind dann nachhaltig, wenn sie die Anstrengungen der einheimischen Bevölkerung zur Überwindung der Armut unterstützen und lokale Akteure die initiierte Entwicklung auch nach dem Ende der Unterstützung weiterführen. Entwicklungspolitische Interventionen machen dann Sinn, wenn sie den Anforderungen der Nachhaltigkeit genügen.

NGO / Nichtregierungsorganisationen

NGOs (engl. Non-Governmental Organisation) üben ihre Aktivitäten unabhängig von staatlichen Behörden aus und arbeiten in der Regel nicht gewinnorientiert. Sie setzen lokale Projekte um und können mit Kampagnen die öffentliche Wahrnehmung und Meinungsbildung beeinflussen. Entsprechend bedeutend ist ihre Rolle in der > *Entwicklungszusammenarbeit* und ihr Einfluss auf die > *Zivilgesellschaft*. NGOs finanzieren



90er
Jahre

Einen Baum pflanzen für die kommenden Generationen: Nachhaltige Forstwirtschaft ist ein wichtiger Pfeiler der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit.

sich über den Verkauf von Dienstleistungen und Spenden sowie über staatliche Beiträge. Häufig leisten Geberstaaten – so auch die Schweiz – Beiträge an thematisch spezialisierte NGOs für die Ausführung von Programmen.

OECD

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development/OECD) wurde 1961 gegründet. Sie zählt 34 Mitgliedstaaten, die alle als entwickelt gelten und sich der Demokratie und der Marktwirtschaft verpflichtet fühlen. Das Komitee für Entwicklungshilfe (> DAC) formuliert verbindliche Qualitätsanforderungen, informiert über erfolgreiche Praktiken der Entwicklungszusammenarbeit und überprüft im Rahmen der regelmässigen «Peer Review» die Einhaltung der Standards. An den entwicklungspolitischen Empfehlungen orientiert sich auch die Schweiz.

Öffentliche Entwicklungshilfe

Die öffentliche Entwicklungshilfe umfasst jene Leistungen, die von öffentlichen Stellen (zum Beispiel Bund, Kantone, Gemeinden) zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Entwicklungsländern erbracht werden. Ihr zugerechnet werden gemäss Komitee für Entwicklungshilfe (> DAC) auch Entschuldungsmassnahmen und Aufwendungen für Asylsuchende im ersten Aufenthaltsjahr.

Als internationale Vergleichsgrösse gilt der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen (BNE). Um die weltweite Armut zu mindern, empfiehlt die > UNO den Industriestaaten einen Anteil von 0.7% des BNE. Die Entwicklungsleistungen der Schweiz betragen 0.47% (2009). Das bedeutet Platz 10 im Vergleich mit den 23 DAC-Staaten.

Ownership

Der Begriff Ownership («Eigentümerschaft») wird in der Entwicklungszusammenarbeit verwendet, um die Identifikation der Menschen mit einem sie betreffenden Vorhaben zu umschreiben. Er meint auch die Eigenverantwortung, welche die Zielgruppen und Partnerorganisationen übernehmen. Ownership gilt als wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit, die Nachhaltigkeit und den Erfolg von Massnahmen.

Paris Declaration (Erklärung von Paris)

Die Paris Declaration on Aid Effectiveness (Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit) von 2005 umfasst Massnahmen für eine bessere Koordination und Aufgabenteilung unter den Gebern sowie eine stärkere Eigenverantwortung der Empfänger von öffentlicher Hilfe. Die Erklärung postuliert 5 Ziele:

- Die Eigenverantwortung der Partnerländer soll gestärkt werden (> *ownership*).
- Die Geber sollen keine Parallelstrukturen errichten, sondern die Programme mit den bestehenden Institutionen der Partnerländer umsetzen und an den Zielen der Partnerländer ausrichten (engl. *alignment*).
- Die Geber sollen ihre Programme und Verfahren untereinander besser abstimmen (engl. *harmonisation*).
- Entwicklungspolitisches Handeln soll sich auf Resultate und nicht bloss auf erbrachte Leistungen ausrichten.
- Geber- und Partnerländer sollen gemeinsam über ihr entwicklungspolitisches Handeln gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen (engl. *accountability*).

Die Erklärung von Paris hat zu verstärkten Koordinationsbemühungen der Geber geführt. Sie beeinflusst auch die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit.

Partizipation

In der Entwicklungszusammenarbeit bedeutet Partizipation (Teilhabe), dass die Zielgruppen aktiv an der Ausgestaltung, Umsetzung und Steuerung der Projekte und Programme teilhaben. Partizipation wirkt einer Mentalität der Fürsorge entgegen und vermindert Abhängigkeit. Sie steigert die > *Nachhaltigkeit* eines Projekts, fördert die Kultur des offenen Austauschs und stärkt demokratische Ansätze in der > *Zivilgesellschaft*.

Politikdialog

Eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit benötigt förderliche Rahmenbedingungen wie politische Stabilität, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche > *Partizipation* und ökologische > *Nachhaltigkeit*. Um breitenwirksame Veränderungen zu erwirken, stehen Geberländer in einem regelmässigen Dialog mit den Behörden der Partnerländer. Der Politikdialog soll die politischen Entscheidungsträger für die Probleme sensibilisieren und zu dauerhaften Lösungen führen. Oft sind umfassende strukturelle Reformen nötig, damit der Staat seine Rolle bei der > *Armutsbekämpfung* wirkungsvoll wahrnehmen kann. In den Partnerländern gehört der Politikdialog zu den vorrangigen Aufgaben der > *Kooperationsbüros* der Schweiz.

Private-Public Partnership

(öffentlich-private Zusammenarbeit/PPP)

Gut funktionierende Institutionen, Bildung, Forschung und Entwicklung sind die Grundlagen einer dynamischen Wirtschaft. Der Privatsektor ist für die Bewältigung der Armut- und Entwicklungsprobleme besonders wichtig. Die öffentlich-private Zusammenarbeit (PPP) hat in der Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung gewonnen. Die Zusammenarbeit soll lokale Märkte und öffentliche Dienste stärken.

Mit der Innovationskraft der Privatwirtschaft können nachhaltige Fortschritte in der > *Armutsbekämpfung* erreicht werden.

Die Schweiz hat öffentlich-private Partnerschaften vor allem in Sektoren aufgebaut, in denen Schweizer Firmen über spezifisches Know-how verfügen, zum Beispiel wirksame Medikamente, günstige Umwelttechnologien, effiziente Wasserversorgung.

Programmhilfe

Programmierorientierte > *Entwicklungszusammenarbeit* fördert die Entwicklung eines Bereichs (zum Beispiel Gesundheit, ländliche Entwicklung, Berufsbildung, Infrastruktur) oder einer Region durch verschiedene sich ergänzende und aufeinander abgestimmte Massnahmen. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass die Ursachen von Armut vielschichtig sind und nicht durch isolierte Einzelmassnahmen angegangen werden können.



2000er

Mit der Millenniumserklärung aus dem Jahr 2000 hat sich die internationale Gemeinschaft u. a. darauf geeinigt, bis 2015 die weltweite Armut zu halbieren.

Jahre

Projekthilfe

Der Projektansatz fördert Einzelvorhaben. Die Projekthilfe ist überschaubar und relativ gut steuerbar. Die Resultate sind in der Regel rasch erkennbar. Zu den Nachteilen gehören die geringe Reichweite von «Projektinseln», die begrenzte > *Nachhaltigkeit* der Projekte nach Auslaufen der Geberfinanzierung sowie mangelnde > *Ownership* der Partner wegen einseitiger Ausrichtung der Beiträge an den Prioritäten der Geber.

Pro Poor Growth

Der Ansatz des breitenwirksamen Wachstums (pro poor growth) zielt darauf ab, sowohl ausreichendes wirtschaftliches Wachstum zu erzielen als auch die armen Bevölkerungsschichten daran angemessen zu beteiligen. Entwicklungsländer können ein breitenwirksames Wirtschaftswachstum in Gang setzen, indem sie zum Beispiel die Mindestlöhne anheben, eine gerechte Steuerpolitik betreiben und Investitionen in > *Gesundheit* und > *Bildung* tätigen.

Remittances

Remittances sind Geldüberweisungen von Migranten in ihre Herkunftsländer. Sie sichern das Leben und Überleben ihrer Familien, Verwandten und Bekannten im Heimatland. Remittances betragen heute mehr als das Doppelte der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe. Die Entwicklungszusammenarbeit hat ihre Bedeutung erkannt und sucht nach Möglichkeiten, wie die Überweisungskosten gesenkt und die Remittances für Entwicklungsprozesse produktiver genutzt werden können.

R

Schwellenländer

Schwellenländer sind Länder auf dem Weg zum Industriestaat. Sie gehören aber noch nicht zum Klub der reichen Industriestaaten. Der englische Begriff Newly Industrialized Countries bringt zum Ausdruck, dass sich Schwellenländer vor allem durch den Grad ihrer Industrialisierung und Wirtschaftskraft von den > *Entwicklungsländern* unterscheiden. In Schwellenländern liegt die soziale Entwicklung häufig hinter der wirtschaftlichen zurück.

Als Wirtschaftsmächte sind Schwellenländer für die Entwicklung ganzer Regionen von Bedeutung. So verändert zum Beispiel die BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) die weltpolitischen Machtverhältnisse. In der internationalen Klimapolitik und bei der Lösung globaler Probleme kommt den bevölkerungsreichen und rasch wachsenden Schwellenländern eine zentrale Rolle zu. Sie fordern eine stärkere Vertretung in den multilateralen Institutionen. In der sich abzeichnenden multipolaren Weltordnung werden Macht und Wohlstand neu verteilt. Angesichts der knapper werdenden Ressourcen wird sich die Konkurrenz auf den Weltmärkten verschärfen.

Schwerpunktländer

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit fokussiert auf einzelne Partnerländer, sogenannte Schwerpunktländer. In den ausgewählten Partnerländern konzentriert sie sich auf wenige inhaltliche Schwerpunkte (zum Beispiel Wasser, berufliche > *Bildung*, KMU-Förderung, > *Gesundheit*). Für die Umsetzung der Programme in einem Schwerpunktländ ist das > *Kooperationsbüro* zuständig. Es führt den Dialog mit den Partnerländern und anderen Gebern.

Die Schwerpunktländer legt das Eidgenössische Parlament im Rahmen der Botschaft zum Rahmenkredit fest. Kriterien sind die Bedürfnislage (Armut, Krisenneigung), Aspekte der guten Regierungsführung, Mehrwert des Schweizer Beitrags, Erfolgchancen der Zusammenarbeit. Zu den aktuellen Schwerpunktländern zählen zahlreiche arme Berg- und

Binnenländer mit vergleichbaren naturräumlichen Bedingungen wie die Schweiz, so etwa Nepal, ein Pionierland der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit.

SECO

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) gehört zum Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) und ist ein wichtiger Akteur der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Der Bereich «Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung» des SECO setzt sich für wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen zugunsten der > *Entwicklungsländer* und > *Transitionsländer* ein. Er fördert eine wirtschaftliche Entwicklung, die auch den benachteiligten Bevölkerungsschichten zu Gute kommt (> *Pro-Poor-Growth-Ansatz*). Thematische Schwerpunkte sind die Unterstützung stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die Diversifizierung von Exportgütern, die Förderung des fairen Handels und die Verbesserung der Basisinfrastruktur. Ein besonderes Augenmerk richtet das SECO auf Energie-, Umwelt- und Klimafragen (> *Klimaschutz*) sowie auf die wirtschaftliche > *Gouvernanz*.

Transitionshilfe

Transition heisst wörtlich Übergang. Im Rahmen der Transitionshilfe unterstützt die Schweiz den Übergangsprozess der mittel- und osteuropäischen Länder vom planwirtschaftlichen Kommunismus zu Demokratie und Marktwirtschaft. Die Transitionshilfe setzte kurz nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 ein. Gemeinsam mit anderen westeuropäischen Ländern stärkte die Schweiz die reformwilligen Länder mit technischer und finanzieller Hilfe. Dank raschen wirtschaftlichen und institutionellen Fortschritten fanden 10 vormals kommunistische mittel- und osteuropäische Länder 2004 und 2007 den Anschluss an die Europäische Union. Die Schweiz hat seit 1990 Transitionshilfe im Gesamtwert von CHF 4 Mrd. geleistet (Stand 2010). Inhaltliche Schwerpunkte waren der

Aufbau von demokratischen Institutionen, die Reform des Gesundheits- und Bildungswesens, die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) sowie die Stärkung der > *Zivilgesellschaft*. Heute konzentriert sich die Transitionshilfe von > *DEZA* und > *SECO* auf die Länder des Westbalkans und der ehemaligen Sowjetunion (Republik Moldau, Ukraine, Südkaukasus und Zentralasien). In diesen Ländern ist der Übergangsprozess noch nicht abgeschlossen.

UNDP

Das UNO-Entwicklungsprogramm (United Nations Development Programme/UNDP) mit Sitz in New York ist einer der grössten Akteure der > *Multilateralen Zusammenarbeit* und prägt die internationale Entwicklungspolitik entscheidend mit. Es wurde 1965 gegründet und spielt dank seiner globalen Präsenz eine Schlüsselrolle in der > *Armutsbekämpfung* und der Umsetzung der > *Millenniumentwicklungsziele*. Das UNDP ist in fast allen thematischen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit tätig und verfügt über ein weltumspannendes Netz von Mitarbeitenden. Finanziert wird es über freiwillige Beiträge von UNO-Mitgliedstaaten. Die Schweiz gehört zu den 10 wichtigsten Beitragszahlern und ist für die Organisation auch wegen dem europäischen Hauptsitz in Genf wichtig.

UNO

Die UNO (Organisation der Vereinten Nationen) ist der Zusammenschluss von 192 Staaten. Die wichtigsten Aufgaben der Organisation sind die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der > *Menschenrechte* und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Rund 70% der gesamten Aufwendungen der UNO sind auf Entwicklung ausgerichtet. Die UNO umfasst Unterorganisationen, die entwicklungspolitische Aufgaben wahrnehmen, allen voran das UNO-Entwicklungsprogramm (> *UNDP*). Wichtige entwicklungspolitische Impulse gehen auch von der UNO-Generalversammlung aus.

Sie hat zum Beispiel im Jahr 2000 die Millenniumserklärung verabschiedet, mit der 189 Staats- und Regierungschefs die internationalen Entwicklungsziele (> *Millenniumentwicklungsziele*) vereinbarten.

Die Schweiz ist seit September 2002 Vollmitglied der UNO. Genf ist dank der Präsenz der Wirtschaftskommission für Europa und verschiedenen UNO-Unterorganisationen der wichtigste UNO-Sitz in Europa.

Wirksamkeit und Wirkungsmessung

Entwicklungszusammenarbeit lässt sich nicht allein daran messen, was sie tut, sondern vor allem daran, was sie erreicht. In diesem Sinn beschäftigt sich die Entwicklungszusammenarbeit seit einigen Jahren verstärkt mit der Wirkung der Investitionen. Bei der Messung der Resultate eines Programms oder Projekts werden drei Ebenen unterschieden:

- unmittelbare Resultate (output)
- Auswirkungen (outcome)
- Wirkungen (impact)

Die Messung der Auswirkungen ist methodisch anspruchsvoll. Wirkungen in sozialen Prozessen sind nicht immer leicht messbar. Zudem lässt sich eine beobachtete Veränderung nicht immer mit hinreichender



2000er

Bis zum Jahr 2015 soll allen Kindern der Schulbesuch und der Primarschulabschluss ermöglicht werden.

Jahre

Gewissheit auf die geleistete Unterstützung zurückführen. Die Entwicklungszusammenarbeit erfolgt in einem dynamischen Umfeld mit vielen Akteuren und Einflussfaktoren. Trotzdem kann die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit konkret belegt werden, zum Beispiel in den Bereichen > *Bildung*, > *Gesundheit*, *Wasser*, > *Ernährungssicherheit*.

Die Schweiz richtet ihre entwicklungspolitischen Leistungen auf Entwicklungsergebnisse und Wirkung aus. > *DEZA* und > *SECO* legen bei der Planung ihrer Projekte und Programme fest, welche Wirkungsziele massgebend sind, anhand welcher Indikatoren sie gemessen werden sollen, und welches Monitoring während dem Projektverlauf erforderlich ist, um die Erreichung der Ziele zu überwachen. *DEZA* und *SECO* legen regelmässig in einem Wirkungsbericht Rechenschaft ab.

Zivilgesellschaft

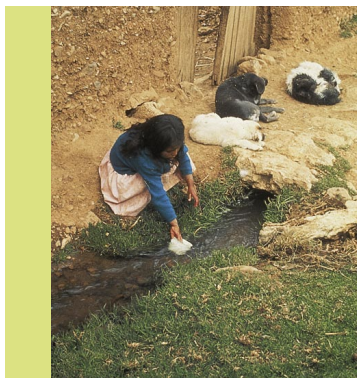
In der Entwicklungszusammenarbeit werden drei Hauptakteure unterschieden, die sich überschneiden:

- die staatlichen Institutionen
- der Wirtschaftssektor (Privatsektor)
- die zivilgesellschaftlichen Organisationen

Zur Zivilgesellschaft zählen die > *NGOs* (Nichtregierungsorganisationen) und weitere nicht profitorientierte Vereinigungen, welche die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern vertreten, zum Beispiel Konsumentenverbände, Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Basisbewegungen, nichtstaatliche Medien und Umweltorganisationen. Die Stärkung der Zivilgesellschaft hat in der Entwicklungszusammenarbeit einen hohen Stellenwert. Zivilgesellschaftliche Organisationen fördern die Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger und die Eigenanstrengungen zur Bewältigung der Armut- und Entwicklungsprobleme.

Ursprünglich stammt der Begriff Zivilgesellschaft aus der osteuropäischen Dissidentenbewegung. Die Dissidenten versuchten, mittels Selbstorganisation gegenüber der totalitären Staatsmacht mehr Spielräume und damit mehr Freiheit für die Gesellschaft zu schaffen. Nach 1989 wurde der Begriff in der internationalen Politik geläufig.

Weitere Begriffe aus der Fachsprache der Entwicklungszusammenarbeit erklärt das webbasierte Glossar der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA: www.deza.admin.ch/de/Home/glossar



2000er

Sauberes Trinkwasser für alle ist ein weiteres Ziel der Millenniumserklärung. In den letzten 5 Jahren erlangten 370 000 Menschen mit Schweizer Hilfe Zugang zu Trinkwasser.

Jahre

Impressum

Herausgeber

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

3003 Bern

www.eda.admin.ch

Gestaltung

Schweizerische Bundeskanzlei / Peter Auchli

Bilder

Alle Fotos DEZA-Archiv

Druck

Werner Druck AG, Basel

Bestellungen

Information EDA

Tel.: +41 (0)31 322 31 53

E-Mail: publikationen@eda.admin.ch

Fachkontakt

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Tel.: +41 (0)31 322 34 75

E-Mail: info@deza.admin.ch

Diese Publikation ist auch auf Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich.

Bern, 2011